

Zeitschrift: Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung
Band: 30 (1988)
Heft: 3: Neue Armut

Artikel: Behinderte Armut?
Autor: Stocker-Meier, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Behinderte Armut?

von Monika Stocker-Meier,
Nationalrätin

Die «neue» Armut hat für die Schweiz neue arme Schichten und Bevölkerungsgruppen entdeckt und das ist gut und wichtig so. Darüber dürfen wir aber die «alte» Armut nicht vergessen. Zu ihnen gehören die Behinderten. Armut heisst Beschränkung, heisst Behinderung. So gesehen sind die Behinderten eine Art Indikator für das Verständnis der sozialen Sicherheit in einer Gesellschaft.

Die soziale Sicherheit in der Schweiz

Die soziale Sicherheit in der Schweiz ist fast vollständig an die **Lohnprozente** und damit an den erwerbstätigen Teil der Bevölkerung gekoppelt und setzt voraus, dass möglichst alle verdienen und zwar möglichst viel. Wohin uns das damit verbundene Wirtschaftswachstum um jeden Preis geführt hat, beginnen wir allmählich zu begreifen, ohne aber bereit zu sein, notwendige Konsequenzen zu ziehen.

Ob auch Behinderte erwerbstätig sein können oder nicht, hängt wesentlich vom Arbeitsmarkt ab, vom Gang der

Volkswirtschaft. Und beide scheinen in einer Phase der Entwicklung angekommen zu sein, in der sie keine Behinderten mehr aufnehmen können (?), im Gegenteil, sie schaffen «neue» Behinderte, führen zu neuen Rentnern und Rentnerinnen.

Rentner/in sein – keine Perspektive?

Rentner/in sein bedeutet ausgegrenzt sein (wegen Alter, Behinderung, psychischer Unbelastbarkeit...). Für sie wurde 1948 mit der AHV und 1961 der IV je eine Versicherung geschaffen unter dem Aspekt der **Solidarität**, d.h. allgemeine Risiken werden von der Allgemeinheit getragen, jede(r) für jede(n). Heute – so scheint mir – käme weder eine AHV noch eine IV in einer Volksabstimmung durch, da der Gedanke der Solidarität in unserer Gesellschaft so ziemlich am Schwenden ist, siehe auch die Mutterschaftsversicherung, resp. die Propaganda im Abstimmungskampf. Zudem bin ich mir nicht sicher, ob die beiden Versicherungen auf dem Standard, den sie bis heute erreicht haben, bleiben werden; wenn man gewisse Kommentare im Zusammenhang mit der 10. AHV Revision hört oder die Stimmen um die pränatale Diagnostik, so läuft es einen kalt den Rücken hinunter....

Eingliederung vor Rente

Zu Recht wurde im IVG vorgesehen, dass alles daran gesetzt werden soll, dass jede(r) Mensch einen ihm/ihr angemessenen Arbeitsplatz bekommt. So übernimmt die IV die Kosten für eine dem/der Behinderten angemessene Ausbildung oder Umschulung. Die speziellen Einrichtungen, die ein Arbeitsplatz u.U. verlangt, werden ebenfalls übernommen. Und dann? Werden für alle Arbeitnehmer/innen zunehmend mehr Mobilität, ständige Weiter-/ und Fortbildungskurse und Flexibilität gefordert, umso unverständlicher ist die Weigerung der IV, dasselbe für die behinderten Arbeitnehmer/innen zu versuchen.

Herr A. lebt im Alters- und Pflegeheim. Seit einem Hirnschlag ist er auf den Rollstuhl angewiesen. Seine Genesung ist so weit fortgeschritten, dass er seine Morgentoilette selbst machen kann. Motiviert dafür ist er durch seinen täglichen Gang zum Briefkasten, aus dem er seine an ihn persönlich adressierte Regionalzeitung hervorholt. Herr A. wird von der Gemeinde W. unterstützt. Die Kosten im Pflegeheim übersteigen die

So wird Eingliederung zur Einbahnstrasse, wenn nicht gar zur Sackgasse.

Zieht man zudem die Enge des Arbeitsmarktes in Betracht, so spürt man etwas von der oft bedrückenden Ausweglosigkeit: entweder ich arbeite und harre unter fast allen Bedingungen an diesem Arbeitsplatz aus oder ich werde eben Rentner/in. Eine unmenschliche Alternative, die nicht gelindert wird durch die Tatsache, dass es «bald allen andern auch so geht»... Die goldenen Fesseln der 2. Säule lassen ältere Arbeitnehmer/innen auch oft auf einem Abstellgleis ausharren...

Rente, und auch alle zusätzlichen Versicherungsansprüche sind ausgeschöpft. Es wird ihm ein kleines Taschengeld ausbezahlt. An der Sitzung der Behörden wird beim sorgfältigen Prüfen aller Sparmöglichkeiten sein Zeitungsabonnement von 110 Franken pro Jahr gestrichen. Herr A. könne die Heimzeitung lesen. Eine persönlich adressierte Zeitung sei nicht lebensnotwendig.

Monika Stocker-Meier im «Wendekreis»

Die geschützte Arbeit eine Anfrage

Geistig Behinderte, psychisch schwer Behinderte und z.T. auch körperlich – oder – mehrfachbehinderte Menschen finden «ihren» Arbeitsplatz oft in den geschützten Werkstätten. Meine Haltung zu diesen Arbeitsplätzen ist mehr als ambivalent. Bei allem Verständnis, dass jeder Mensch «etwas Nützliches» arbeiten will, dass gerade auch geistig Behinderte oft sehr stolz auf ihren «Lohn und Arbeit» sind – diese Werkstätten stammen aus der Zeit, wo eben «Arbeit an sich den Menschen adelt» und wo der Sinn des Lebens wirklich in der «Beschäftigung mit Nützlichem» gesucht wurde. Stimmt das heute noch? Ist Arbeit in jedem Fall «adelnd»? Stimmt das im nachindustriellen Zeitalter mit den technisch rationalisierten Arbeitsplätzen noch? Sind alle hergestellten Dinge «nützlich»?

Stellen wir nicht oft Produkte her, die mehr schaden statt nützen, und wo die Wirtschaft an sich «in Trab» gehalten werden muss, koste es, was es wolle?

Ich weiss, eine ketzerische Frage; sie stellt die Ideologie ganzer Parteien und ganzer Generationen in Frage. Immerhin, könnte es sein, dass gerade die Inhalte der Tätigkeiten in den

geschützten Werkstätten zu einer kritischen Anfrage an Sinn von Beschäftigung, an die Nützlichkeit der Tätigkeiten werden? Könnte es sein, dass eine existenzsichernde Grundentschädigung «menschlicher» wäre als ein oft eher beschämender Stundenlohn? Ein abwechslungsreiches Beschäftigungsprogramm humaner als eine Pseudoproduktivität? Damit soll nichts gegen jene Werkstattleiter/innen gesagt werden, die sich echt bemühen, einen Rhythmus zu finden zwischen ernsthafter Fleissarbeit und spielerischem Tun, zwischen sinnvollem Beschäftigtsein und sinnvollem Untätigsein. Sie machen unter den gegebenen Umständen wohl das Optimum.

Ein paar Worte zum Lohn

Unsere Wirtschaft bezahlt einen Leistungslohn, wobei nicht Leistung an sich, sondern in Relation zu Angebot und Nachfrage gewertet wird. So macht man einen Unterschied zwischen Männern und Frauen (noch immer liegen vergleichbare Löhne von Frauen um einen Drittel tiefer), zwischen Prestige trächtigen und weniger trächtigen Berufen (z.B. gelten die Pflegeberufe und die sozialen Berufe wenig, obwohl sie oft höchste Leistungen abverlangen). Von daher ist es eigentlich klar, dass behinderte Ar-

beitnehmer/innen eher kleine Löhne beziehen, es sei denn, es gelinge ihnen, sich in Marktlücken einzubringen oder ganz besondere Leistungen zu erbringen. Das sie dabei oft bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen müssen, wird nicht etwa in Franken ausgedrückt...

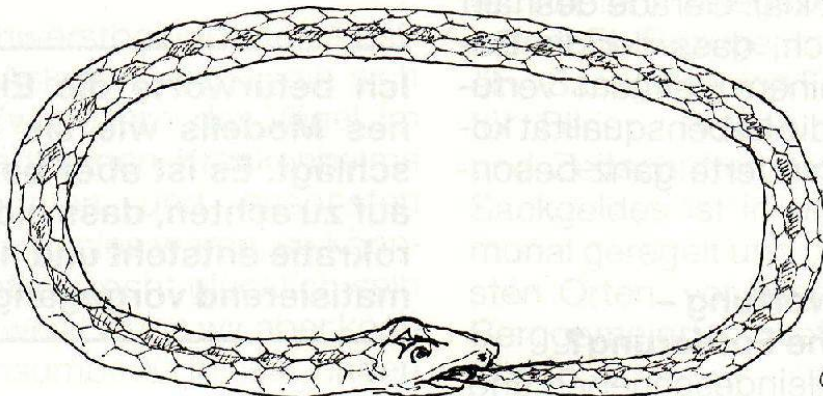
Geringer Lohn – hohe Lebenskosten

Behinderte Menschen brauchen viel Geld: sie müssen oft eine besonders grosse und teure Wohnung mieten, leben in Einrichtungen, die ihre Pensionspreise dauernd an den Renten entlang ansetzen; Behinderte brauchen ein Auto oder haben häufig Taxispesen; sie haben oft teure Diätvorschriften zu beachten oder haben besondere Auslagen für die Körperpflege. V.a. haben sie auch hohe Sozialkosten: damit meine ich, dass HelferInnen, NachbarInnen, FerienbegleiterInnen auch Anerkennung brau-

chen. Auch wenn einige dieser Auslagen via Ergänzungsleistungen oder

Ich plädiere für einen Freibetrag in jedem Budget von Fr. 1000.-- pro Halbjahr

via Fürsorgeleistungen abgebucht werden können, lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass das Budget eines behinderten Menschen häufig Lebenskosten zu decken hat, die in keinem Verhältnis zum Einkommen stehen. Zudem mag die Angst vor noch stärkerer Behinderung (Progressive Erkrankungen), Veränderung der Wohnsituation (WGs sind oft unstabil, die eigene Wohnung kann nicht gehalten werden, ein neues Heim muss gesucht werden) zu einem Sparverhalten führen, dass dann gar keinen Spielraum irgendwelcher Art mehr zulässt.



Lebensqualität – eine Perspektive?

In einer auf totalen Konsum ausgerichteten Gesellschaft ist es doppelt bitter, arm zu sein. Die Anfrage an die Lebensqualität kann daher leicht zynisch wirken. Immerhin: Lebensqualität setzt ein Mindesteinkommen voraus, das **überhaupt eine Wahl** der Ausgabenschwerpunkte zulässt. Will ich mehr für die Wohnung, für Kleider, fürs Essen, für Freunde, für Ferien ausgeben? Das kann sich nur fragen, wer überhaupt über solche Perspektiven verfügen kann... Das ist bei vielen Rentner- und Fürsorgebudgets ganz einfach **nicht möglich**. Auch der nach den Richtlinien einzusetzende «Taschengeldbetrag» kann darüber nicht hinweg täuschen. Das ist bedrückend, angstauslösend und eigentlich unter der Menschenwürde in einem reichen Land. Dass sich die Lebensqualität nicht einfach kaufen lässt und infolge dessen nicht einfach mit materiellen Ansätzen «ermöglicht» werden kann, ist klar. Gerade deshalb ist es unerlässlich, dass der/die Behinderte über einen Freiraum verfügen kann; denn die Lebensqualität kostet und für Behinderte ganz besonders.

Soziale Verantwortung – eine altmodische Forderung?

Sie wird heute kleingeschrieben und,

wenn schon, dann dem Staat, Kirche oder einzelnen privaten Organisationen überlassen, für die man dann jährlich eine Zehnernote spendet. Auch diese Organisationen werden vom bürokratischen Kult erfasst und das EDV-Formular ist bald so häufig wie ein persönliches Telefon oder gar ein Besuch. Menschen und ihre sozialen Bedürfnisse werden verwaltet, optimal gemanaged und deshalb schematisierend behandelt. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit effizient zu arbeiten (Hayek lässt grüßen), müssten sich die Organisationen auch etwas einfallen lassen, **wie soziale Verantwortung** gestärkt, verbreitert, neu belebt werden könnte: direkt, persönlich, unmittelbar. Sollte uns die nämlich abhanden kommen, dann wird unsere reiche Gesellschaft tatsächlich **sehr arm** werden, unmenschlich und böse. Und dagegen ist anzukämpfen.

Ich befürworte die Einführung eines Modells wie sie Enderle vorschlägt. Es ist aber besonders darauf zu achten, dass nicht zuviel Bürokratie entsteht und nicht zu schematisierend vorgegangen wird.
